

14.03.2014

Die Mitte **CDU**



**ANDREAS  
MATTFELDT MdB**  
VERDEN – OSTERHOLZ

# BUNDESTAG AKTUELL

*Liebe Freunde,*

am Mittwoch hat das Bundeskabinett den Haushaltsentwurf für 2014 sowie die Eckwerte für den Bundeshaushalt 2015 und den Finanzplan bis 2018 vorgelegt. Anschließend hat Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble uns diese im Haushaltsausschuss vorgestellt.

Erstmals seit 1969 (!) kommt der Bund ab 2015 ohne neue Schulden aus. Damit setzen wir nicht nur den Koalitionsvertrag um, sondern ganz besonders auch die grundgesetzlich verankerte Schuldenbremse. Der Regierungsentwurf für 2014 sieht noch eine Neuverschuldung in Höhe von 6,5 Mrd. Euro vor – das sind 300 Mio. Euro mehr als der noch von der schwarz-gelben Regierung vorgelegte Entwurf vorsah. Ab 2015 steht im Entwurf eine schwarze Null und der Bund kommt ab dann ohne neue Kredite aus. Damit setzen wir den Konsolidierungspfad, den wir mit der schwarz-gelben Bundesregierung beschritten haben, fort. Allerdings darf dies – und das ist ganz besonders uns von der Union und vor allem mir persönlich sehr wichtig – nicht zulasten der Investitionen gehen. Die Investitionssumme steigt sogar von 24,8 Mrd. Euro 2013 auf 25,8 Mrd. Euro 2014 und weiter auf 26,4 Mrd. Euro in 2015. Wir brauchen dringend Investitionen in unsere Infrastruktur – für uns Bürger und für die Unternehmen in diesem Land. Deshalb begrüße ich zwar den Anstieg, hätte mir aber insgesamt eine höhere Investitionsquote gewünscht.

Ich freue mich nun auf die anstehenden Haushaltsberatungen und werde mich in den nächsten Wochen ganz intensiv in den Etat des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie einarbeiten. Dabei werde ich es so wie bisher handhaben und jeden einzelnen Posten auf seine Wirksamkeit hin überprüfen. Das bin ich allen Steuerzahlern schuldig, denn sie erwarten zu recht von uns, dass wir sorgsam mit den hart erarbeiteten Steuergeldern umgehen.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr/Euer

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'A. Matfeldt'.

## Stromtrasse: Gespräch mit Tennet- Geschäftsführer Lex Hartmann

Heute habe ich gemeinsam mit dem CDU-Kreistagsfraktionsvorsitzenden Wilhelm Hogrefe und dem Tennet-Chef Lex Hartmann ein Gespräch zur geplanten Stromtrasse SuedLink, die durch den Landkreis Verden gehen soll, geführt.

Diese Leitung soll den Strom der Windkraftanlagen aus dem Norden in den Süden transportieren. Uns geht es nicht darum, die Stromleitung zu verhindern, sondern einen für Mensch und Natur möglichst verträglichen Trassenverlauf zu erreichen.

Hartmann machte deutlich, dass TenneT die Akzeptanz durch die Menschen genauso wichtig ist, wie die Baugenehmigung selbst. Lex Hartmann hat betont, wie wichtig TenneT Anregungen von uns bzw. auch allen Bürgern sind. TenneT habe keine fertigen Antworten und sei auch nicht auf den genauen Trassenverlauf fixiert. Dieser sei ein Vorschlag, der mit unserer Mithilfe verbessert werden kann. Dabei gilt es vor allem Rücksicht zu nehmen auf die Bereiche der Dorferneuerung, des Freiraumkonzepts und auf die beiden Waldkindergärten, die vom Trassenverlauf betroffen wären. Ich erwarte, dass diese Bereiche geschont werden. Ich freue mich, dass uns Lex Hartmann zugesagt hat, höchstpersönlich zu dem von TenneT geplanten Infomarkt nach Verden zu kommen und sich die Anmerkungen von Bürgern und Politikern anzuhören.



## Scharfe Kritik an rot-grünen Frackingplänen

Ich bin entsetzt, wie sehr die in den Schubladen von Rot-Grün in Niedersachsen liegenden Pläne zum Fracking gerade auch bei uns in der Region gelobt werden. Die Einführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung, die in diesen rot-grünen Plänen verankert werden soll, begrüße ich. Auch ein Verbot der Erdgasförderung in Wasserschutzgebieten unterstütze ich. Das aber löst ein zentrales Problem der Erdgasförderung nicht, nämlich die Entsorgung des giftigen Lagerstättenwassers. Es nützt uns nichts, wenn nur die Förderung, nicht aber die Verpressung in Wasserschutzgebieten verboten wird. Sowohl im Landtags- als auch im Bundestagswahlkampf sind SPD und Grüne immer mit der Forderung nach einem Moratorium aufgetreten. Jetzt wo sie beide im Land und die SPD im Bund in Regierungsverantwortung stehen, relativiert sich das alles ganz schnell. Ich kämpfe gemeinsam mit dem CDU-Landtagsabgeordneten Adrian Mohr dafür, dass endlich eine Verschärfung der Rahmenbedingungen für die Erdgasförderung umgesetzt wird. Wir beide kritisieren die Frackingpläne der rot-grünen Landesregierung: Zunächst passierte ein Jahr lang nichts in Hannover und jetzt werden Pläne erarbeitet, die von den Ankündigungen im Wahlkampf weit entfernt sind. Ich setze mich – wie berichtet – seit längerem für Änderungen im Bergrecht und im Wasserhaushaltsrecht ein. Ich fordere ein Verbot des Verpressens von giftigem Lagerstättenwasser in den Boden, eine Umweltverträglichkeitsprüfung mit einer entsprechenden

Öffentlichkeitsbeteiligung für sämtliche Erdgasfördervorhaben sowie eine Beweislastumkehr zugunsten der Geschädigten im Falle eines durch die Erdgasförderung verursachten Erdbebens. Die lediglich auf das sogenannte Fracking beschränkten Regelungen im Koalitionsvertrag der Großen Koalition in Berlin gehen mir nicht weit genug. Wir brauchen die oben beschriebenen Regelungen und zwar egal ob für Fracking oder die sogenannte konventionelle Förderung wie sie bei uns stattfindet. Da diese Forderungen nicht aufgenommen wurden, habe ich den Koalitionsvertrag abgelehnt. Dies ist für mich mit erheblichen Nachteilen im Berliner Politikbetrieb verbunden. Aber diese nehme ich in Kauf, denn ich bin von der Richtigkeit und Notwendigkeit meiner Forderungen für unsere Region zu tiefst überzeugt. Dieses Verhalten hätte ich auch von der SPD-Bundestagsabgeordneten erwartet. Nach den eindeutigen Positionierungen im Wahlkampf hätte eine Ablehnung auch für sie logische Konsequenz sein müssen. Ein Lob für die nun vorliegenden Pläne von Rot-Grün sind ein Schlag ins Gesicht der Bürgerinitiativen, die sich für die Interessen der Region stark machen. Wenn ich höre, dass – wie die HAZ berichtete – der Wirtschaftsverband Erdöl- und Erdgasgewinnung die Pläne des Landes begrüßt, dann frage ich mich doch, ob Rot-Grün hier wirklich im Sinne der betroffenen Bürger und unserer Region handelt oder ob da nicht ganz handfeste wirtschaftliche Interessen dahinter stecken.

## Kreisverdener Familienunternehmer in Berlin

Gestern traf ich mich mit zwei Kreisverdener Unternehmern—Reinhard Cordes von Frerichs Glas mit seiner Frau und Marc Nienstedt von The Peak— beim parlamentarischen Abend der Familienunternehmer. Auf dem Foto sind wir zu sehen mit meiner Bundestagskollegin Erika Steinbach.



## Einsatz für Pendler

Wir haben uns gemeinsam an die Landesnahverkehrsgesellschaft gewandt und darum gebeten, eine vertretbare Lösung zu finden, die es den von der Streichung des Bahnhalts Sebaldsbrück betroffenen Beschäftigten ermöglicht, ihren Arbeitsplatz künftig wieder umweltbewusst mit der Bahn in angemessener Fahrtzeit zu erreichen.

Was ist passiert? Viele Pendler aus Dörverden und anderen Kreisverdener Gemeinden fahren täglich mit der Regionalbahn zu den in Hemelingen und Sebaldsbrück ansässigen Großbetrieben. Seit dem Fahrplanwechsel im Dezember letzten Jahres hält der Zug am Mahndorfer Bahnhof, nicht aber mehr in Sebaldsbrück. Dieser Umstand stellt eine nicht hinzunehmende Verschlechterung für diesen Personenkreis dar. Der Arbeitsweg verlängert sich für die Beschäftigten dadurch um 30 Minuten und das ist nicht akzeptabel. Viele Beschäftigte im Schichtdienst müssen auf das Auto oder auf den Bahnhof Verden ausweichen und dort gibt es ohnehin schon Parkplatzprobleme.

Deshalb sind wir auf Initiative des Bürgermeisterkandidaten Alexander von Seggern aktiv geworden und haben die Landesnahverkehrsgesellschaft darum gebeten, das Problem zu beheben bzw. eine Lösung für die betroffenen Pendler zu finden.



**Büro Berlin:**

**Platz der Republik 1, 11011 Berlin**

**Telefon: 030 - 22 77 13 22**

**E-Mail: [andreas.mattfeldt@bundestag.de](mailto:andreas.mattfeldt@bundestag.de)**

**Internet: [www.andreas-mattfeldt.de](http://www.andreas-mattfeldt.de)**

Redaktion: Tatjana Range